

barländer Ungarn und Rumänien zu denken. In *Rumänien* ist von „Perestroika“ nichts zu spüren; das Ceauşescu-Regime, so *Dionisie Ghermani* (München) auf dem Kongreß, kehre vielmehr Schritt für Schritt zu den alten Dogmen eines Marxismus-Leninismus stalinscher Prägung zurück, unter Beifügung hausgemachter chauvinistischer Elemente. Die Hierarchie der rumänisch-orthodoxen Kirche unterstütze willfährig die Politik des Regimes und verteidige sie im Ausland. Diese gelte vor allem für den seit 1986 amtierenden Patriarchen Teoctist. Zumindest nach außen werde die Zerstörung von Dörfern für die Errichtung von agro-industriellen Komplexen von der orthodoxen Hierarchie schweigend hingenommen.

Demgegenüber konnte der Budapester Theologe *Tamás Nyíri* auf Anzeichen eines tiefgreifenden Wandels in der offiziellen Beurteilung von Religion und Kirche in *Ungarn* verweisen. Er ging auf die Reformbestrebungen der ungarischen kommunistischen Partei ein (Ausbau der Rechtsstaatlichkeit, größere Pressefreiheit, Erarbeitung eines großzügigeren Vereinigungsgesetzes und einer neuen Religionsgesetzgebung) und urteilte, wenn diese Ansätze wirklich in die Praxis umgesetzt würden, könnten sie sich unmittelbar auf das Zusammenleben von Christen und Marxisten auswirken und den Weg in die Zukunft eines echten Dialogs zeigen.

In Polen, so *Wolfgang Grycz* (Königstein), beeinflusse die neue sowjetische Politik die Lage der katholischen Kirche nur sehr indirekt. Die polnische Kirche sei weitgehend unabhängig von den Auswirkungen der Perestroika; sie verdanke ihre Möglichkeiten und ihre gesicherte Position der eigenen Stärke und nicht irgendwelchen staatlichen Konzessionen. Daß sich die *evangelische Kirche in der DDR* auf Gorbatschows Reformprogramm beruft, wenn sie gesellschaftspolitische Veränderungen im eigenen Land fordert, hat sich auf den Kirchentagen in diesem Frühsommer gezeigt (vgl. HK, Juli 1988, 348). Darauf machte auch der Bericht von *Theo Mechtenberg* in Königstein aufmerksam. Mög-

liche kirchenpolitische Aspekte der „Perestroika“ würden von der Kirche in der DDR nicht thematisiert, was mit dem im Vergleich zur Sowjetunion wesentlich größeren Spielraum der Kirchen zu erklären sei. Die katholische Kirche der DDR sei aufgrund ihrer größeren Distanz zu Staat und Gesellschaft von der Auseinandersetzung um die gesellschaftspolitische Relevanz von Gorbatschows Reformprogramm nicht direkt betroffen.

## Die Chancen illusionslos wahrnehmen

Im Blick auf die Entwicklung in der ČSSR hielt *Prof. Josef Rabas* (Würzburg/Rom) fest, eine substantielle Wende in der Haltung der Staatsführung gegenüber der katholischen Kirche habe es bislang nicht gegeben. Als wenn auch bescheidene Fortschritte wertete er die Ernennung von drei Bischöfen im Mai dieses Jahres (vgl. HK, Juni 1988, 301) sowie einige Lockerungen wie die Zulassung von Neuaufnahmen in weibliche Ordensgemeinschaften und die Ermöglichung der Einfuhr religiöser Literatur. Es sei anzunehmen, daß sich die Gläubigen in der ČSSR mit diesen „Brosamen“ nicht zufriedengeben würden; ihre Entschlossenheit habe nicht nachgelassen.

In einer „Königsteiner Entschließung“ zum Abschluß des Kongresses wurden Verbesserungen in der sowjetischen

Religionspolitik anerkannt. Dennoch würden die Kirchen in der UdSSR immer noch zu einseitig auf den Kultbereich beschränkt; die restriktive Kultgesetzgebung sei weiter in Kraft und bedürfe grundlegender Veränderung. Die Entschließung wies auch nochmals auf die Unterschiede im Staat-Kirche-Verhältnis zwischen den einzelnen sozialistischen Ländern hin. Der Kongreß, so hieß es, begrüße jede Verbesserung für das kirchlich-religiöse Leben in Osteuropa und registriere sorgfältig alle positiven Signale. Dennoch halte er es für nötig, über die Situation der Kirchen objektiv und unbeschönigt zu berichten. Er bejahe den Dialog und wolle ohne Illusionen die Chancen einer neuen Ära erkennen.

Wahrscheinlich wird man bis zum nächsten Kongreß in bezug auf diese „neue Ära“, in mancher Hinsicht klarer sehen. Immerhin könnte in absehbarer Zeit das neue sowjetische „Gesetz über die Gewissensfreiheit“ vorliegen. Bei einem Besuch beim Ökumenischen Rat der Kirchen und beim Lutherischen und Reformierten Weltbund in Genf Anfang September ließ der sowjetische Religionsminister *Konstantin Chartschew* wissen, im neuen Gesetz gehe es u. a. um den juristischen Status der Kirchen, um die Aufhebung des Verbots karitativer Tätigkeit und um mehr Möglichkeiten für religiöse Erziehung und religiösen Unterricht. U. R.

## Polen: vor einem „historischen Kompromiß“?

Am 31. August 1988, dem achten Jahrestag der Unterzeichnung der historischen „Gesellschaftlichen Vereinbarung“ zwischen dem Danziger „Überbetrieblichen Streikkomitee“ (Vorsitzender: *Lech Wałęsa*) und einer Warschauer Regierungsdelegation und knapp sechs Jahre nach dem offiziellen Verbot der „Solidarność“ kam es in Warschau zu dem ersten Zusammentreffen seit November 1981 zwi-

schen Arbeiterführer *Wałęsa* und einem Repräsentanten der Warschauer Führung, Innenminister General *Czesław Kiszczak*. Ob dieses Treffen in die Annalen der polnischen Nachkriegsgeschichte ebenfalls als ein historisches Datum eingehen wird, ist noch nicht entschieden. Die Hoffnung darauf wird jedenfalls von Millionen Polen getragen.

Was veranlaßte die Jaruzelski-Füh-



rung, das Gespräch mit dem seit sechs Jahren von den staatlichen Massenmedien wahlweise als Privatperson oder als von ausländischen Zentren bezahlten Unruhestifter bezeichneten Wałęsa zu suchen, im Grunde die Hilfe des Vorsitzenden einer illegalen Organisation zu erbitten? Vor kurzem hatte es noch aus dem Munde des Regierungssprechers *Jerzy Urban* geheißt, der nach Dialog rufende Wałęsa gebärde sich wie ein General ohne Armee. Nun sollte dieser „General“ offensichtlich seine „Armee“ davon überzeugen, daß die seit zwei Wochen anhaltenden Streiks in polnischen Schlüsselbetrieben (Kohlegruben, Werften) zu beenden seien, da die Regierung bereit sei, auch über die Wiederzulassung eines Gewerkschaftspluralismus mit sich reden zu lassen. Zu den Streiks hatte der „General“ Wałęsa übrigens nicht aufgerufen. Er hatte sie anfangs sogar für ein falsches Druckmittel gehalten. Was war geschehen?

### „Wilde Streiks“ als Zeichen des Überdrusses

Mit dem Beginn eines Solidaritätsstreiks von einem Teil der Belegschaft der Danziger Lenin-Werft am 22. August war die „wilde“ Streikbewegung in Polen in eine neue Phase getreten. Begonnen hatte es am 15. August damit, daß 500 Bergleute der Nachtschicht in der oberschlesischen Steinkohlengrube „Manifest Lipcowy“ in Jastrzębie nahe Kattowitz um 21 Uhr 30 ihre Arbeit nicht aufnahmen und einen Streik verkündeten. Die Organisatoren formulierten 21 Forderungen zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bergleute. Ihr wichtigstes Verlangen aber war die Wiederzulassung der verbotenen Gewerkschaft „Solidarność“. Die Streiks weiteten sich in den folgenden Tagen über das oberschlesische Kohlenrevier aus, in dem 12 von 68 Zechen bestreikt wurden. Am 17. August griff die Streikbewegung auf die Küste über. In Stettin schlossen sich Hafendarbeiter dem Ausstand an. Kennzeichnend für die jüngste Streikbewegung war, daß sich ihr of-

fensichtlich nicht die gesamten Belegschaften der bestreikten Betriebe anschlossen, sondern vor allem junge Arbeiter der Nach-„Solidarność“-Generation.

Dieser Generationswechsel war schon für die Streiks im April und Mai dieses Jahres kennzeichnend. Damals waren die Streikforderungen jedoch vornehmlich wirtschaftlich motiviert gewesen. Die Forderungen nach Wiederzulassung der „Solidarność“ waren nachgeschoben. Dieses Mal stand die politische Forderung nach Gewerkschaftspluralismus an erster Stelle. Auch die streikenden Arbeiter wußten, daß die Streiks der darniederliegenden polnischen Wirtschaft zusätzlichen Schaden verursachten und die galoppierende Inflation nicht mit Lohnerhöhungen bekämpft werden kann, die nicht durch gesteigerte Produktivität gedeckt werden. So waren diese Streiks denn auch eher ein Ausdruck der Verzweiflung über die hoffnungslose Wirtschafts- und Versorgungslage und des dramatischen Glaubwürdigkeitsverlusts der regierenden Equipe, der durch „glasnost“ der innenpolitischen Diskussion, eine bemerkenswert liberale Kulturpolitik und neue Verfassungs- und Konsultationsgremien sowie die Ausweitung der Bürgerrechte nicht aufgehalten werden konnte.

Sogar die offiziell anerkannten, von einem Mitglied des Politbüros der PVAP geleiteten Gewerkschaften, die sich in der Diagnose der katastrophalen Wirtschaftslage mit den Streikenden im wesentlichen einig waren, unterzogen die Regierung einer vernichtenden Kritik. Die Sozial- und Wirtschaftspolitik wurde mißbilligt und eine Sondersitzung des Sejm beantragt. „Wir sind der Ansicht, daß es an der Zeit ist, die politische und wirtschaftliche Lage des Landes, die Methoden, mit denen die Regierung die Wirtschaft lenkt und verwaltet, zu begutachten“, hieß es in einer Erklärung. Nach Ansicht der zu ungewohnter verbaler Schärfe findenden staatstragenden Gewerkschaften war die Wirtschaftspolitik, von der keine Chance auf Verbesserung erhofft werden könne, die Ursache der im übrigen ab-

gelehnten Streiks und der Unzufriedenheit der Gesellschaft.

### Hintergrund: Die hoffnungslose Wirtschaftslage

Die Unisono von Regierungsanhängern wie Regierungs- und Systemkritikern konstatierte Hoffnungslosigkeit findet ihren Niederschlag in den empirischen Untersuchungen, die in der letzten Zeit in der polnischen Presse veröffentlicht wurden. In der repräsentativen Untersuchung „Polen '88“, die in Auszügen in der renommierten Partei-Wochenzeitung „Polityka“ Ende Juli veröffentlicht wurde, wird festgestellt, daß Anfang 1988 über 84% der Befragten glaubten, „daß ein grundlegender Wandel zum Besseren in Polen nur erreicht werden kann, wenn die Autoritäten mit der Gesellschaft eine Übereinkunft finden“. Zugleich waren fast 70% pessimistisch mit Blick auf eine solche Variante; sie sahen „keinen Sinn darin, auf einen grundlegenden Wandel zu warten; wir können nur auf uns selbst und die Hilfe unserer Nächsten rechnen“.

Das ist eine bittere Notwendigkeit. Kaum 2% der Befragten verdienen mehr, als sie ausgeben. Nur 29% berichten, daß das Geld in der Regel für das Notwendigste in der Familie reicht. Bei 25% reicht das Geld nie aus. 14% sind auf familiäre Hilfe angewiesen. Bei 67% der Befragten müssen die Ausgaben wegen der Inflation dauernd gekürzt werden.

Die Autoren des Berichts, Soziologen der Akademie der Wissenschaften, sagen: „Die Feststellung einer fortschreitenden Pauperisierung der Gesellschaft ist keine Übertreibung.“ Angesichts der bedrückenden wirtschaftlichen Lage und der Erfahrungen mit sechs Jahren verpaßter Gelegenheiten für eine wirtschaftliche und politische Erneuerung nimmt es kaum wunder, daß laut „Polen '88“ „ein kaum wahrnehmbarer Prozentsatz der Gesellschaft – im Rahmen des statistischen Irrtums – an die Wirtschaftsreform glaubt“.

So machte es für einen großen Teil der Gesellschaft, vor allem für die junge



Generation, die in Polen kaum noch eine Zukunftsperspektive erkennen kann, kaum einen Unterschied, ob General Jaruzelski nicht konnte oder nicht wollte. Dazu kam eine fatale Konstellation für die Regierung, die von dem Historiker und Oppositionellen *Adam Michnik* so umschrieben wurde, „daß die Regierung von den Reformgegnern unterstützt wird, während den Reformwillen Kräfte repräsentieren, die in Opposition zur Regierung stehen. Einfach gesagt: In Polen, genauso wie in der UdSSR, wird der Widerstand gegen die Reform von der Nomenklatura geleistet, einer breiten Klasse des bürokratischen Machtapparats.“

Die Reaktionen in der polnischen Gesellschaft auf die Aussicht eines kaum aufzuhaltenden weiteren zivilisatorischen Niedergangs reichen von der Apathie, Resignation, dem Rückzug in die Privatsphäre über die vor allem bei der Jugend weiter zunehmenden Bereitschaft zur Emigration oder zu einem längeren Auslandsaufenthalt, um in der Fremde zu arbeiten, bis zum bisweilen vor der Verzweiflung und dem Gefühl, nichts mehr verlieren zu können, getragenen spontanen Protest und Unwillen, sich mit den politischen Realitäten abzufinden, die bisher keinen Platz für einen Gewerkschaftspluralismus vorsahen.

## Die Vermittlung der katholischen Kirche

Mit unerwartet deutlichen Worten äußerten sich die polnischen Bischöfe zu den andauernden Streiks und deren Hintergrund. In einem am 26. August verlesenen Hirtenbrief appellierten sie an die Regierung in Warschau, beim Bemühen um die Beilegung des Streiks im Lande auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten. Alle sozialen Konflikte sollten durch friedlichen Dialog gelöst werden. In dem Hirtenbrief, der bei der Plenarsitzung der Bischofskonferenz in Tschenstochau verfaßt worden war, betonten die Bischöfe, daß die jüngsten Streiks „Symptom einer Krankheit“ seien, die sich in Jahren entwickelt habe. Hauptursache der gegenwärtigen Situation sei die

Verletzung der Menschenrechte und der Würde menschlicher Arbeit. Die Einschüchterung müsse aufhören, die „Stimme der Vernunft“ aus dem Volke müsse gehört werden. „Kompetente Menschen“ sollten nach Meinung der Bischöfe zur Führung staatlicher Angelegenheiten zugelassen werden. „Man muß Wege finden, die zum Gewerkschaftspluralismus und zur Vereinigungsfreiheit führen.“

Eine Brücke zwischen den verhärteten Fronten baute Prof. *Andrzej Stelmachowski*, der Vorsitzende des Warschauer „Klubs der katholischen Intelligenz“ und ehemalige Vorsitzende des Organisationskomitees der gescheiterten kirchlichen Landwirtschaftsstiftung (vgl. HK, Februar 1985, 64–69). Er nahm auf Wunsch der Behörden mit Wałęsa Kontakt auf. Der erste Erfolg der stillen Vermittlung war das denkwürdige Treffen Wałęsas mit Innenminister Kiszczak am 31. August, dem die Beendigung des Streiks in den meisten Kohlegruben und in Danzig vorausging. Es bedurfte dann der gesamten Überzeugungskraft des Arbeiterführers, um die Streikenden in Stettin und in Jastrzębie zur Beendigung ihres Ausstandes zu bewegen. Sie hatten das als Bedingung für die Beendigung ihres Streiks gestellt, was realistischerweise nur das Ergebnis langwieriger und schwieriger Verhandlungen zwischen Regierung und demokratischer Opposition sein könnte: die Wiederzulassung einer Gewerkschaft „Solidarność“ in einer neuen Organisationsform.

Die Sondierungsgespräche von Innenminister Kiszczak mit Arbeiterführer Wałęsa, Vertretern der offiziellen Gewerkschaften, der katholischen Kirche, Repräsentanten der politischen Opposition und dem unabhängigen intellektuellen Milieu dienten der Vorbereitung des seit kurzer Zeit von der Warschauer Führung propagierten „Dialogs am runden Tisch“. Ziel dieses Dialogs ist die Einigung auf einen „Anti-Krisenpakt“ zwischen allen großen gesellschaftlichen und politischen Kräften in Polen zur Überwindung der katastrophalen Wirtschaftslage des Landes.

## Führt Druck zu Einsicht?

Eine politische Geste zur Bekräftigung der Bereitschaft der Parteiführung, ein neues Kapitel in der Reformpolitik aufzuschlagen, war die seit Wochen erwartete Rücktrittserklärung der Regierung *Messner* am 19. September. Schon Ende 1986 war darüber räsioniert worden, daß dieses Kabinett schwerlich die Kraft aufbringen werde, die notwendige Wirtschaftsreform auf den Weg zu bringen. Wertvolle zwei Jahre wurden verloren, weil sich Partei und *Jaruzelski* persönlich nicht dazu entschließen konnten, einen politischen Schnitt zu machen. So verschleiert der Rückzug der Regierung nicht zuletzt die politische Verantwortung der Partei für das Scheitern der bisherigen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Professor *Kozakiewicz* von der Vereinigten Bauernpartei brachte das politische Problem auf den Punkt, als er kühl feststellte, die Regierung sei nur das ausführende Organ der Partei. Deshalb ändere ein Regierungswechsel ohne Veränderung des Systems der Macht nichts.

Unter dem von Monat zu Monat zunehmenden Druck der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und der gesellschaftlichen Unruhe scheint die Parteiführung eingesehen zu haben, daß ein positiver psychologischer Schock das ist, was die Bevölkerung allein aus ihrem Unglauben an eine Verbesserung der Verhältnisse herausreißen könnte. Die offizielle Anerkennung des faktisch seit langem bestehenden politischen Pluralismus durch eine entsprechende Modifizierung des politischen Systems (durch Gewerkschaftspluralismus, Wahlrechtsreform, Schaffung einer zweiten Kammer [einer Wirtschafts- und Sozialkammer] des polnischen Parlaments u. a.) wäre eine notwendige Voraussetzung für die Überwindung der Wirtschaftskrise. In den anvisierten Gesprächen am runden Tisch wird sich herausstellen, ob es einen „historischen Kompromiß“ zwischen dem Herrschaftsanspruch einer bisher alleinregierenden Partei und einer mündigen demokratischen Gesellschaft in Polen geben kann.

D. B.